

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Gisela Sengl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Deutsches Museum Nürnberg: Lückenlose Aufklärung notwendig!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich und mündlich in einer gemeinsamen Sondersitzung des Wissenschafts- und des Haushaltsausschusses über die finanziellen Ungereimtheiten rund um das Deutsche Museum, Außenstelle Nürnberg zu berichten. Dabei soll es die Möglichkeit geben, den derzeitigen und damaligen Wissenschaftsministern Bernd Sibler und Ludwig Spaenle sowie den derzeitigen und damaligen Finanzministern Albert Füracker und Dr. Markus Söder vor Ort in der Sitzung Fragen zu stellen. In dem Bericht ist insbesondere einzugehen auf folgende Fragen- und Themenkomplexe:

- Die Einbeziehung von Stakeholdern in die Standortfindung und Entscheidungsfindung für die Errichtung des Projekts vonseiten des Deutschen Museums, der Stadt Nürnberg, des Freistaats, der IMBY oder Dritter. Dabei sind auch Zeitpunkt, Form und Ergebnis der Einbeziehung darzustellen.
- Die enorme Kostensteigerung für die Anmietung des des Museumsstandorts Deutsches Museum Nürnberg im Augustinerhof in von 11 Millionen Euro (PK Dr. Söder, Prof. Heckl, Dr. Lehner am 10.06.2016) auf 27,6 Millionen Euro zzgl. 2,8 Millionen Euro Jahresmiete (Bericht der Staatsregierung vom 05.07.2017).
- Darauf bezugnehmend der Inhalt der Vereinbarung zur Errichtung und dauerhaften Betrieb der Zweigstelle Nürnberg des Deutschen Museums, in der von einer Zuwendung von 19,6 Millionen auf vier Jahre die Rede ist, und für den Laufenden Betrieb auf den jährlichen Wirtschaftsplan des Deutschen Museums verwiesen ist. Bitte um eine Darstellung der Summen, die für das Deutsche Museum Nürnberg nun insgesamt bisher im Staatshaushalt als reguläre Haushaltstitel bzw. Verpflichtungserklärungen enthalten gewesen sind.
- Vereinbarungen zwischen dem Vermieter, dem Deutschen Museum und/oder dem Freistaat Bayern, darüber, ob und zu welchen Konditionen das Deutsche Museum nach Auslaufen des 25-jährigen Mietvertrags, die Immobilie weiter nutzen kann und die Einbeziehung des Landtags in diese Entscheidung.
- Zudem soll auf die bis heute zum Teil nicht beantworteten Fragen zum Berichtsantrag auf Drs. Nr. 17/17832 eingegangen werden, insbesondere über erfolgte Finanzierungszusagen der Staatsregierung, die nicht durch Landtagsbeschlüsse gedeckt waren, über das Verhältnis von Staatsregierung und Deutschem Museum innerhalb des Projekts Außenstelle

Nürnberg und über die Ausübung von Mitspracherechten der Staatsregierung bei der Umsetzung des Projekts.

Begründung:

Bereits 2017 wurden finanzielle Ungereimtheiten um die Einrichtung der Außenstelle Nürnberg des Deutschen Museums bekannt. Der Landtag wurde damals nicht beteiligt und Transparenz nur unvollständig und zögerhaft hergestellt. Drei Berichtsanträge der Oppositionsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FREIE WÄHLER wurden damals mit der Mehrheit des Antrags abgelehnt, so dass bis heute keine vollständige Transparenz über die damaligen Vorgänge herrscht.

Auf Basis aktueller Presseberichterstattung ist dieses Thema nun erneut in den öffentlichen Fokus gerückt. Dabei stehen insbesondere der Fluss von Spendengeldern an die CSU sowie persönliche Verflechtungen zwischen dem Spendegeber, seiner Ehefrau, der CSU-Bürgermeisterin Julia Lehner und dem damaligen und heutigen CSU-Vorsitzenden Markus Söder im Raum.

Auch vier Jahre später ist Transparenz über dieses an sich begrüßenswerte Projekt, aber auch seine zweifelhafte Umsetzung angebracht. Vor dem Hintergrund der Spendengelder und der aktuellen Berichterstattung sollte das Thema daher lückenlos und unter Beteiligung der damit befassten Mitglieder der Staatsregierung aufgeklärt werden.

Sollte sich darüber hinaus der Bayerische Oberste Rechnungshof einer Prüfung des Planungsgeschehens rund um das Deutsche Museum, Außenstelle Nürnberg annehmen, wäre das sehr begrüßenswert, da es zu einer Transparenz der bisherigen Vorgänge nur beitragen könnte.